

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Danzig bei jeder Zustellung ins Haus monatlich 3.— Mk., vierteljährlich 15.— Mk., halbjährlich 30.— Mk., jährlich 60.— Mk. — Redaktion: Am Spandhaus 4. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Einzelnummern: Die 3-geheften Zelle 1,50 Mk. von Nummer 1.— bis 2.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegenheiten bei 2.— Mk. Die 3-geheften Zelle 1,50 Mk. von Nummer 3.— bis 4.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis 1. Juli 1921. — Postfachkonto Danzig 2948. — Expedition: Am Spandhaus 4. — Telefon 720.

Nr. 109

Donnerstag, den 12. Mai 1921

12. Jahrgang

Französisch-englisches Gegeneinander.

Die Aufnahme der deutschen Unterwerfungsnote bei den Alliierten.

Berlin, 11. Mai. (Amtlich.) Dem deutschen Botschafter in London ist in der vergangenen Nacht folgende Note zur Übermittlung an Lloyd George telegraphisch überliefert worden: Auf Grund des Beschlusses des Reichstages bin ich beauftragt, mit Bezugung auf die Entschliessung der alliierten Mächte vom 8. Mai 1921 namens der neuen deutschen Regierung folgendes, wie verlangt, zu erklären: Die deutsche Regierung ist entschlossen 1. Ohne Vorbehalt oder Bedingung deren Verpflichtungen, wie sie von der Reparationskommission festgestellt worden sind, zu erfüllen. 2. Ohne Vorbehalt oder Bedingung die von der Reparationskommission hinsichtlich dieser Verpflichtungen vorgeschriebenen Garantien anzunehmen und zu verwirklichen. 3. Ohne Vorbehalt oder Verzug die Maßnahmen zur Abrüstung zu Lande, zu Wasser, in der Luft auszuführen, die ihr in der Note der alliierten Mächte vom 29. Januar 1921 notifiziert worden sind, wobei die rückständigen sofort und die übrigen zu den vorgeschriebenen Zeiten auszuführen sind. 4. Ohne Vorbehalt oder Verzug die Aburteilung der Kriegsschuldigen durchzuführen und die übrigen unterwürfigen im ersten Teil der Note der alliierten Regierung vom 8. Mai erwähnten Vertragsbestimmungen auszuführen. — Ich bitte, die alliierten Mächte von dieser Erklärung unverzüglich in Kenntnis zu setzen.

gez.: Dr. Wirth.

Dieselbe Note ist nach Paris, Rom, Brüssel und Lüttich überliefert worden.

London, 11. Mai. (Reuter.) Lloyd George verlas im Unterhaus die Antwort der deutschen Regierung auf das Ultimatum der Alliierten, in der die Forderungen der Alliierten bezüglich der Reparation, der Garantien der Entwaffnung und des Verfahrens gegen die Kriegsschuldigen bedingungslos angenommen wurden. Lloyd George sagte, er habe sofort allen beteiligten Regierungen telegraphiert und fügte hinzu: „Dieses ist die vollständige Annahme aller Forderungen.“ (Lauter, anhaltender Beifall.)

London, 11. Mai. Unterhaus. Auf die Anfrage Bottomleys, ob im Hinblick auf die Mitteilung Lloyd Georges von der Annahme des Ultimatus durch die deutsche Regierung das deutsche Reparationsgesetz aufgehoben werde, antwortete Lloyd George verneinend.

Paris, 11. Mai. Das neue Ministerium und der gestrige Beschluss des Reichstages werden von der Pariser Presse besprochen. Bertinag schreibt im „Echo de Paris“, ob die Mehrheitsfraktion an der Kombination teilnehmen, oder ob die Volkspartei sie erzeuge, das Personal, das vorüberzieht, ändere sich nicht. Es sei kein Anlass vorhanden, auf eine plötzliche Befehlsbefragung des deutschen Volkes und seiner Führer zu rechnen. „Petit Parisien“ sagt: Das Ministerium könne infolge der Stärke der reaktionären Presse keine starke Regierung sein, aber es stellt vielleicht gegenwärtig die am wenigsten schlechte Kombination dar, wenn man eben nicht Deutschland den Stimmes, Helflichkeit und Konforten ausliefern wolle. Das „Journal“ erklärt: Deutschland müsse genau wissen, daß es auf die Stunde die Verpflichtungen erfüllen müsse, die es übernommen habe. In jedem der Verfalltage werde die Entente, ob es sich um Reparationen oder Entwaffnung handele, sich einer Realität gegenüber befinden.

Auch sonst zeigt sich die Pariser Presse größtenteils sehr ungehalten über Deutschlands Annahme des Ultimatus, weil dadurch der erhoffte Vorwand für den Einmarsch ins Ruhrgebiet einstweilen fortgefallen ist. Das Blatt „Clemenceau“, der „Homme libre“, schreibt: „Am 1. Mai wird Deutschland nicht die Hand am Hals tragen haben, aber wir Franzosen haben von Lloyd George „graziös“ einen Fußtritt irgendwohin bekommen.“ Dagegen sagt Gustave Hervé in der „Victoire“: „Wenn, was nach allem zu erhoffen sei, das neue deutsche Ministerium seine ersten Verpflichtungen halte, wenn es die Entwaffnung bis zum 30. Juni beendet, die erste Milliarde bezahlt und am 1. Juli die ersten Schahobligationen im Betrage von 12 Milliarden übermittle, dann wäre es ehrenhaft und geschickt von Frankreich, die drei Kohlenhöfen, die man als Sanktion seit zwei Monaten besetzt hatte, zu räumen, ohne daß man von den Alliierten zur Räumung aufgefordert werde.“

Paris, 11. Mai. Henry Wades stellt in der „Chicago Tribune“ einen Wechsel in der Haltung der französischen offiziellen Kreise zugunsten eines Aufschubs in der Befragung des Ruhrgebiets fest. Auch die französischen Sachverständigen zweifeln auf Vorstellungen aus finanziellen und industriellen Kreisen an der Möglichkeit, die Ruhr zu besetzen. Der nationale Bund würde

nicht einsehen, warum Frankreich 135 000 Mann ins Ruhrgebiet schicken will, um das Doppelte dessen an Entschädigung zu erzielen, was England mit einem Bataillon Freiwilliger erreichte. Der Meinungsumschwung, der sich bis zum Minister Doucœur hin entwickelte, werde es dem Ministerpräsidenten Briand äußerst schwer machen, seine Politik des starken Mannes wahrzumachen. Man erwarte auf Grund dieser Entwicklung seinen Sturz.

Paris, 12. Mai. Der diplomatische Berichterstatter der „Chicago Tribune“, Wades, glaubt zu wissen, daß auf der nächsten Konferenz des Obersten Rates, die noch vor dem 1. Juni stattfinden soll, die Zahlungsmodalitäten für Deutschland, die Räumung Düsseldorf und die ober-schlesische Frage auf der Tagesordnung stehen werden. Wades nennt u. a. Ostende oder Straß als Ort der Tagung. Glottli legt Wert darauf, daß der Oberste Rat in Italien zusammentritt, da er sonst nicht an den Beratungen teilnehmen könne. Die jetzt in Düsseldorf zusammengezogenen französischen Divisionen werden, Wades zufolge, zurückgezogen werden, sobald Deutschland 150 Millionen Goldmark auf Rechnung der ersten Milliarden gezahlt hat. Dann soll gleichzeitig die ganze Zone von Düsseldorf geräumt, und die alliierten Truppen sollen auf die im Friedensvertrag vorgesehene Rheinlinie zurückgezogen werden.

Korfantys oberchlesischer Sie.

Die Interalliierte Kommission hat, ohne eine Entscheidung des Obersten Rates abzuwarten, eigenmächtig Oberchlesien bis zur Korfanty-Linie, also die Kreise Pleß, Rybnik, Beuthen, Giesewitz, Rattowitz und Tarnowitz als polnische Einflussgebiete erklärt. Die Truppen sind hinter die Demarkationslinie zurückgezogen worden, und das geräumte Gebiet ist den Aufständischen überlassen worden. Die Kontrolle der Eisenbahnen ist in der Hand der Aufständischen. Diese Maßnahme ist das Werk des Generals Le Rond. Offenbar handelt es sich hier, wie die „Germania“ schreibt, um ein abgekartetes Spiel zwischen Paris und Warschau. Der „Vorwärts“ gibt der Hoffnung Ausdruck, daß Lloyd George sein Versprechen erfüllen werde, die polnischen Räume nicht in den Himmel wachsen zu lassen, wenn Deutschland das Ultimatum schloß. Diese schwache Hoffnung wird gestützt durch die scharfe Kritik der englischen Öffentlichkeit an der Eigenmächtigkeit der Interalliierten Kommission, die aus den nachstehenden Meldungen ersichtlich ist.

London, 11. Mai. Nach Ansicht der „Times“ ist die Demütigung der Alliierten in Oberchlesien vollständig. „Times“ zufolge können Worte die Erbitterung und Entzürnung der britischen und italienischen Vertreter nicht schildern. Seit Monaten sei die Parteilnahme der Franzosen zugunsten der Polen bekannt.

London, 11. Mai. (Reuter.) Im Unterhaus erklärte Chamberlain, die polnische Aktion in Oberchlesien sei offensichtlich ein Versuch, den Vertrag von Versailles unwirksam zu machen. Die britische und die alliierten Regierungen hegten nicht die Absicht, es zuzulassen, daß die jüngsten beklagenswerten Ereignisse sie irgendwie von der gerechten Durchführung des Vertrages ablenkten.

London, 11. Mai. „Daily Mail“ zufolge erklärte Korfanty in einer Unterredung mit dem Berichterstatter dieses Blattes, in einer Woche würden seine Streitkräfte die gesamte Provinz, die sie annektieren würden, besetzt halten.

England braucht Auslandskohle.

London, 11. 5. Wie die Blätter melden, hat das Kabinett den Beschluss der Transportarbeiter damit beantwortet, daß es die Zufuhr von Kohlenvorräten aus dem Ausland anordnet, und daß es alle notwendigen Maßnahmen zur Verteilung dieser Kohle in Aussicht stellt. „Evening News“ zufolge sind die großen Schiffsbau- und Maschinenwerke von Bickers in Barrow, in denen 15 000 Arbeiter beschäftigt sind, gezwungen, Ende der nächsten Woche zu schließen, wenn bis dahin keine neuen Brennstoffe eintreffen.

Der nächste Parteitag der S. P. D.

Rant „Vorwärts“ soll der diesjährige Parteitag der S. P. D. am 1. Juni nach Berlin einberufen werden.

Liquidation durch die Sozialdemokratie.

Zum zweiten Male, in der weltgeschichtlichen Stunde die deutsche Sozialdemokratie das Steuer beherzt ergreifen müssen, um das deutsche Reichsschiff von der rasenden Todesfahrt in Klippen und Brandungen abgelenken. Wie nach dem Zusammenbruch im Kriege gilt es auch heute wieder, aus der kläglich zusammengekrümpften Konturschleife, die eine bürgerliche Regierung hinterlassen hat, zu retten, was noch eben zu retten ist. Bedenkt man vor zwei Jahren ist ihr auch heute der Entschluß nicht geworden, aber er wurde notwendig, um das deutsche Volk — unbeschadet aller parteipolitischen Erwägungen — vor einer Katastrophe von unabsehbarer Tragweite zu bewahren. Die Ohnmacht des Bürgertums ist nach dem Zusammenbruch seiner Regierung das Wiederaufbau perfekt und endgültig, und nur ein Narr oder Böswilliger kann heute noch die Unentbehrlichkeit der Sozialdemokratie bei der Führung der Volksgeschichte bestreiten.

Bei aller Parallelsität der Vorgänge vor der Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages und vor der Annahme des Londoner Ultimatus ergeben sich doch auch tiefgreifende Unterschiede zwischen der heutigen Situation und der vor zwei Jahren. Es steht dahin, ob damals das einmütige starre Festhalten des ganzen Volkes an seinem Rechtsstandpunkte, demzufolge der Friedensvertrag nur den Waffenstillstandsbedingungen und den vierzehn Punkten Wilsons entsprechen durfte, nicht doch letzten Endes eine wesentliche Milderung des Versailler Diktats zur Folge gehabt haben würde, dem auch wir Danziger die Vergewaltigung unfrei Selbstbestimmungsrechtes zu verhandeln haben. Es scheint sogar, als ob selbst innerhalb unserer Partei die Zahl der Gegner der damaligen Unterzeichnung in den letzten beiden Jahren noch gewachsen sei. Nachdem aber der Vertrag einmal von Regierung und Volksvertretung anerkannt ist, treten auch seine ernsthaftesten Gegner in unseren Reihen am eifrigsten dafür ein, daß seine Bestimmungen bis zur äußersten Grenze der Leistungsfähigkeit durchgeführt werden. Meinungsverschiedenheiten konnten nur darüber bestehen, ob diese Grenze durch die Annahme des Londoner Ultimatus überschritten wird. Daß auch hierüber die Urteile auseinander gehen, geht daraus hervor, daß innerhalb unserer Reichstagsfraktion den 56 Befürwortern des Wiedereintritts unserer Partei in die Regierung und der Annahme des Londoner Ultimatus 20 Gegner gegenüberstanden haben, während sich im Parteiausschuß 28 zustimmende und 13 ablehnende Stimmen ergeben haben. Man erkennt aus diesem Stimmenverhältnis den ungeheuren Gewissenstypus unserer führenden Genossen im Reich, der aus ihrem höchst gesteigerten Verantwortungsbewußtsein entspringen ist.

Die Ablehnung des Londoner Ultimatus hätte zur Folge gehabt, daß bis zum Freitagabend nach dem Pläne des einmarschierenden Generals Weygand das ganze Ruhrgebiet bis nach Dortmund von den französischen Truppen besetzt worden wäre. Eine weitere in höchstem Grade wahrscheinliche Folge wäre die Zuspredung von ganz Oberchlesien an Polen gewesen, während heute noch die polnischen Vergewaltigungsabsichten gerade in England eine sehr scharfe Zurückweisung erfahren. Man dürfte auch noch mit Blockademaßnahmen in den deutschen Häfen und allerhand noch nicht einmal ausgesprochenen Erdrosselungsplänen rechnen. Wirtschaftlich und sozial wäre Deutschland ungefähr auf die Stufe eines Regierstaates herabgedrückt worden, und die Reichseinheit wäre gleichfalls zum Teufel gegangen. Eine spätere Abwendung dieses Schicksals wäre aber lediglich durch die Anerkennung der bis dahin natürlich abermals verschärften Reparationsforderungen zu erzielen gewesen.

Auf der anderen Seite sprachen aber sehr gewichtige Argumente für die Annahme des Ultimatus. Diese wurde von der gesamten ausländischen Öffentlichkeit, auch heilsamerweise der amerikanischen, gewünscht. Selbst ein so scharfer Kritiker des Versailler Vertrages wie der Engländer Keynes hat der deutschen Regierung die Annahme nahegelegt. Hinzu kommt, daß die Erfüllbarkeit der zunächst fällig werdenden finanziellen Verpflichtungen bereits von der Regierung Behrenbach-Simons zugesichert worden ist, ja, daß hervorragende bürgerliche Wirtschaftspolitiker sich für die Annahme des Ultimatus eingesetzt haben. Selbst der politische Seitwärtler Stresemann neigte der Befürwortung der Annahme zu, bis er von seinem Geldgeber Stinnes zur Ordnung gerufen wurde. Unter den Demokraten, die einstmal dem Versailler Vertrag ihre Unterschrift verweigert haben, steht heute ein Walter Rathenau als Gegner der Annahme des Ultimatus ziemlich allein. In der Tat läßt der Dividendenlegen der bedeutendsten großkapitalistischen Unternehmungen, die vielfach ihre Riesengewinne kaum noch unterzubringen müssen, weitreichende Schlüsse auf die deutsche Wirtschaftskraft zu. Daß natürlich die bisherigen Schwereverordnungen einer starken Beschneidung ihrer bequemen Einnahmen nicht sympathisch gegenüberstehen ist verständlich.

Danziger Volksstimme

Einzelnummer 30 Pf.

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Danzig bei jeder Zustellung ins Haus monatlich 3.— Mk., vierteljährlich 13.— Mk.
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
..... der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Zeile 1,50 Mk. von 10 bis 20 Zeilen 2.— Mk. Werbestellen u. Wohnungsanzeigen nach d. Tarif. Die 3-spaltige Werbestelle 1.— Mk. von 10 bis 20 Zeilen 2.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Anzeigen bis 10 Uhr. — Druckdruckerei Danzig 2945.
Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Nr. 109

Donnerstag, den 12. Mai 1921

12. Jahrgang

Französisch-englisches Gegeneinander.

Die Aufnahme der deutschen Unterwerfungsnote bei den Alliierten.

Berlin, 11. Mai. (Antisch.) Dem deutschen Botschafter in London ist in der vergangenen Nacht folgende Note zur Übermittlung an Lloyd George telegraphisch übersandt worden: Auf Grund des Beschlusses des Reichstages bin ich beauftragt, mit Beziehung auf die Entschließung der alliierten Mächte vom 5. Mai 1921 namens der neuen deutschen Regierung folgendes, wie verlangt, zu erklären: Die deutsche Regierung ist entschlossen 1. Ohne Vorbehalt oder Bedingung deren Verpflichtungen, wie sie von der Reparationskommission festgestellt worden sind, zu erfüllen. 2. Ohne Vorbehalt oder Bedingung die von der Reparationskommission hinsichtlich dieser Verpflichtungen vorgeschriebenen Garantien anzunehmen und zu verwirklichen. 3. Ohne Vorbehalt oder Vorzug die Maßnahmen zur Abrüstung zu Lande, zu Wasser, in der Luft auszuführen, die ihr in der Note der alliierten Mächte vom 28. Januar 1921 notifiziert worden sind, wobei die rückständigen sofort und die übrigen zu den vorgeschriebenen Zeiten auszuführen sind. 4. Ohne Vorbehalt oder Vorzug die Aburteilung der Kriegsschuldigen durchzuführen und die übrigen unerschuldeten im ersten Teil der Note der alliierten Regierung vom 5. Mai erwähnten Vertragsbestimmungen auszuführen. — Ich bitte, die alliierten Mächte von dieser Erklärung unverzüglich in Kenntnis zu setzen.

gez.: Dr. Wirth.

Dieselbe Note ist nach Paris, Rom, Brüssel und Tokio übersandt worden.

London, 11. Mai. (Reuter.) Lloyd George verlas im Unterhause die Antwort der deutschen Regierung auf das Ultimatum der Alliierten, in der die Forderungen der Alliierten bezüglich der Reparation, der Garantien der Entloftung und des Verfahrens gegen die Kriegsschuldigen bedingungslos angenommen wurden. Lloyd George sagte, er habe sofort allen beteiligten Regierungen telegraphiert und fügte hinzu: „Dieses ist die vollständige Annahme aller Forderungen.“ (Lauter, anhaltender Beifall.)

London, 11. Mai. Unterhaus. Auf die Anfrage Bottomleys, ob im Hinblick auf die Mitteilung Lloyd Georges von der Annahme des Ultimatus durch die deutsche Regierung das deutsche Reparationsgesetz aufgehoben werde, antwortete Lloyd George verneinend.

Paris, 11. Mai. Das neue Ministerium und der gestrige Beschluß des Reichstages werden von der Pariser Presse besprochen. Bertinaz schreibt im „Echo de Paris“, ob die Mehrheitssozialisten an der Kombination teilnehmen, oder ob die Volkspartei sie ersehe, das Personal, das vorüberzieht, ändere sich nicht. Es sei kein Anlaß vorhanden, auf eine plötzliche Belehrung des deutschen Volkes und seiner Führer zu rechnen. „Petit Parisien“ sagt: Das Ministerium könne infolge der Stärke der reaktionären Presse keine starke Regierung sein, aber es stellt vielleicht gegenwärtig die am wenigsten schlechte Kombination dar, wenn man eben nicht Deutschland den Stimmes, Helfers und Konsorten ausliefern wolle. Das „Journal“ erklärt: Deutschland müsse genau wissen, daß es auf die Stunde die Verpflichtungen erfüllen müsse, die es übernommen habe. In jedem der Verfalltage werde die Entente, ob es sich um Reparationen oder Entloftung handele, sich einer Realität gegenüber befinden.

Auch sonst zeigt sich die Pariser Presse größtenteils sehr ungehalten über Deutschlands Annahme des Ultimatus, weil dadurch der ersehnte Vorwand für den Einmarsch ins Ruhrgebiet einstweilen fortgefallen ist. Das Blatt „Clemenceau“, der „Homme libre“, schreibt: „Am 1. Mai wird Deutschland nicht die Hand am Halsstragen haben, aber wir Franzosen haben von Lloyd George „grazils“ einen Fußtritt irgendwohin bekommen.“ Dagegen sagt Gustave Hervé in der „Victoire“: „Wenn, was nach allem zu erhoffen sei, das neue deutsche Ministerium seine ersten Versprechungen halte, wenn es die Entloftung bis zum 1. Juni beendet, die erste Milliarde bezahlt und am 1. Juli die ersten Schahobligationen im Betrage von 12 Milliarden übermittle, dann wäre es ehrenhaft und geschickt von Frankreich, die drei Kohlenhöfen, die man als Sanktion seit zwei Monaten besetzt hatte, zu räumen, ohne daß man von den Alliierten zur Räumung aufgefordert werde.“

Paris, 11. Mai. Henry Wales stellt in der „Chicago Tribune“ einen Wechsel in der Haltung der französischen offiziellen Kreise zugunsten eines Aufschubs in der Befreiung des Ruhrgebiets fest. Auch die französischen Sachverständigen zweifeln an Vorstellungen aus finanziellen und industriellen Kreisen an der Möglichkeit, die Entloftung der Kohlenhöfen zu leisten. Der nationale Bund müsse

nicht einsehen, warum Frankreich 135 000 Mann ins Ruhrgebiet schicken will, um das Doppelte dessen an Entschädigung zu erzielen, was England mit einem Bataillon Freiwilliger erreichte. Der Meinungsumschwung, der sich bis zum Minister Coucheur hinentwickelte, werde es dem Ministerpräsidenten Briand äußerst schwer machen, seine Politik des starken Mannes wahrzumachen. Man erwarte auf Grund dieser Entwicklung seinen Sturz.

Paris, 12. Mai. Der diplomatische Berichterstatter der „Chicago Tribune“, Wales, glaubt zu wissen, daß auf der nächsten Konferenz des Obersten Rates, die nach vor dem 1. Juli stattfinden soll, die Zahlungsmodalitäten für Deutschland, die Räumung Düsselbors und die ober-schleisische Frage auf der Tagesordnung stehen werden. Wales nennt u. a. Ostende oder Stresa als Ort der Tagung. Glatigny legt Wert darauf, daß der Oberste Rat in Stallen zusammentritt, da er sonst nicht an den Beratungen teilnehmen könne. Die jetzt in Düsseldorf zusammengezogenen französischen Divisionen werden, Wales zufolge, zurückgezogen werden, sobald Deutschland 150 Millionen Goldmark auf Rechnung der ersten Milliarden gezahlt hat. Dann soll gleichzeitig die ganze Zone von Düsseldorf geräumt, und die alliierten Truppen sollen auf die im Friedensvertrag vorgesehene Rheinlinie zurückgezogen werden.

Korfanthys ober-schleisischer Sie.

Die Interalliierte Kommission hat, ohne eine Entscheidung des Obersten Rates abzuwarten, eigenmächtig Ober-schlesien bis zur Korfanthys-Linie, also die Kreise Plesch, Rybnik, Beuthen, Gleiwitz, Ratiboritz und Tarnowitz als polnische Einflußgebiete erklärt. Die Truppen sind hinter die Demarkationslinie zurückgezogen worden, und das geräumte Gebiet ist den Aufständischen überlassen worden. Die Kontrolle der Eisenbahnen ist in der Hand der Aufständischen. Diese Maßnahme ist das Werk des Generals Le Rond. Offenbar handelt es sich hier, wie die „Germania“ schreibt, um ein abgekartetes Spiel zwischen Paris und Warschau. Der „Vormarsch“ gibt der Hoffnung Ausdruck, daß Lloyd George sein Versprechen erfüllen werde, die polnischen Bäume nicht in den Himmel wachsen zu lassen, wenn Deutschland das Ultimatum schloße. Diese schwache Hoffnung wird gestützt durch die scharfe Kritik der englischen Öffentlichkeit an der Eigenmächtigkeit der Interalliierten Kommission, die aus den nachstehenden Meldungen ersichtlich ist.

London, 11. Mai. Nach Ansicht der „Times“ ist die Demütigung der Alliierten in Oberschlesien vollständig. „Times“ zufolge können Worte die Erbitterung und Entrüstung der britischen und italienischen Vertreter nicht schildern. Seit Monaten sei die Parteilnahme der Franzosen zugunsten der Polen bekannt.

London, 11. Mai. (Reuter.) Im Unterhause erklärte Chamberlain, die polnische Aktion in Oberschlesien sei offensichtlich ein Versuch, den Vertrag von Versailles unwirksam zu machen. Die britische und die alliierten Regierungen hegten nicht die Absicht, es zuzulassen, daß die jüngsten befallenen Ereignisse sie irgendwie von der gerechten Durchführung des Vertrages ablenkten.

London, 11. Mai. „Daily Mail“ zufolge erklärte Korfanthys in einer Unterredung mit dem Berichterstatter dieses Blattes, in einer Woche würden seine Streitkräfte die gesamte Provinz, die sie annektieren würden, besetzt halten.

England braucht Auslandskohle.

London, 11. 5. Wie die Blätter melden, hat das Kabinett den Beschluß der Transportarbeiter damit beantwortet, daß es die Zufuhr von Kohlenvorräten aus dem Ausland anordnet, und daß es alle notwendigen Maßnahmen zur Verteilung dieser Kohle in Aussicht stellt. „Evening News“ zufolge sind die großen Schiffsbau- und Maschinenwerke von Bickers in Barrow, in denen 15 000 Arbeiter beschäftigt sind, gezwungen, Ende der nächsten Woche zu schließen, wenn bis dahin keine neuen Brennvorräte eintreffen.

Der nächste Parteitag der S. P. D.

Laut „Vormarsch“ soll der diesjährige Parteitag der S. P. D. am 1. Juni nach Berlin einberufen werden.

Liquidation durch die Sozialdemokratie.

Zum zweiten Male hat in weltgeschichtlicher Stunde die deutsche Sozialdemokratie eine Steuer beherzt ergreifen müssen, um das deutsche Reichschiff von der rasenden Todesfahrt in Klippen und Brandungen abzuwenden. Wie nach dem Zusammenbruch im Kriege gilt es auch heute wieder, aus der kläglich zusammengeschrappten Konturschiffe, die eine bürgerliche Regierung hinterlassen hat, zu retten, was noch eben zu retten ist. Gelichter als vor zwei Jahren ist ihr auch heute der Entschluß nicht geworden, aber er wurde notwendig, um das deutsche Volk — unbeschadet aller parteiatischen Erwägungen — vor einer Katastrophe von unabsehbarer Tragweite zu bewahren. Die Ohnmacht des Bürgertums ist nach dem Zusammenbruch seiner Regierung des Wiederaufbaus perfekt und endgültig, und nur ein Narr oder Böswilliger kann heute noch die Unentbehrlichkeit der Sozialdemokratie bei der Führung der Volksgeschichte bestreiten.

Bei aller Parallellität der Vorgänge vor der Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages und vor der Annahme des Londoner Ultimatus ergeben sich doch auch tiefgreifende Unterschiede zwischen der heutigen Situation und der vor zwei Jahren. Es steht dahin, ob damals das einmütige starre Festhalten des ganzen Volkes an seinem Rechtsstandpunkte, demzufolge der Friedensvertrag nur den Waffenstillstandsbedingungen und den vierzehn Punkten Wilsons entsprechen durfte, nicht doch letzten Endes eine wesentliche Milderung des Versailler Diktats zur Folge gehabt haben würde, dem auch wir Danziger die Vergewaltigung unseres Selbstbestimmungsrechtes zu verdanken haben. Es scheint sogar, als ob selbst innerhalb unserer Partei die Zahl der Gegner der damaligen Unterzeichnung in den letzten beiden Jahren noch gewachsen sei. Nachdem aber der Vertrag einmal von Regierung und Volksvertretung anerkannt ist, treten auch seine ernsthaftesten Gegner in unseren Reihen am eifrigsten dafür ein, daß seine Bestimmungen bis zur äußersten Grenze der Leistungsfähigkeit durchgeführt werden. Meinungsverschiedenheiten konnten nur darüber bestehen, ob diese Grenze durch die Annahme des Londoner Ultimatus überschritten wird. Daß auch hierüber die Urteile auseinander gehen, geht daraus hervor, daß innerhalb unserer Reichstagsfraktion den 56 Befürwortern des Wiedereintritts unserer Partei in die Regierung und der Annahme des Londoner Ultimatus 20 Gegner gegenübergestellt haben, während sich im Parteiausschuß 28 zustimmende und 18 ablehnende Stimmen ergeben haben. Man erkennt aus diesem Stimmverhältnis den ungeheuren Bewußtseinskampf unserer führenden Genossen im Reich, der aus ihrem höchst gesteigerten Verantwortungsbewußtsein entspringen ist.

Die Ablehnung des Londoner Ultimatus hätte zur Folge gehabt, daß bis zum Freitagabend nach dem Pläne des einmarschbereiten Generals Wengand das ganze Ruhrgebiet bis nach Dortmund von den französischen Truppen besetzt worden wäre. Eine weitere in höchstem Grade wahrscheinliche Folge wäre die Zuspaltung von ganz Oberschlesien an Polen gewesen, während heute noch die polnischen Vergewaltigungsabsichten gerade in England eine sehr scharfe Zurückweisung erfahren. Man dürfte auch noch mit Blockademaßnahmen in den deutschen Häfen und allerhand noch nicht einmal ausgesprochenen Erdrosselungsplänen rechnen. Wirtschaftlich und sozial wäre Deutschland ungefähr auf die Stufe eines Regierstaates herabgedrückt worden, und die Reichseinheit wäre gleichfalls zum Teufel gegangen. Eine spätere Abwendung dieses Schicksals wäre aber lediglich durch die Anerkennung der bis dahin natürlich abermals verschärften Reparationsforderungen zu erzielen gewesen.

Auf der andern Seite sprachen aber sehr gewichtige Argumente für die Annahme des Ultimatus. Diese wurde von der gesamten ausländischen Öffentlichkeit, auch beispielsweise der amerikanischen, gewünscht. Selbst ein so scharfer Kritiker des Versailler Vertrages wie der Engländer Keynes hat der deutschen Regierung die Annahme nahegelegt. Hinzu kommt, daß die Erfüllbarkeit der zunächst fällig werdenden finanziellen Verpflichtungen bereits von der Regierung Fehrenbach-Simons zugesichert worden ist, ja, daß hervorragende bürgerliche Wirtschaftspolitiker sich für die Annahme des Ultimatus eingesetzt haben. Selbst der politische Seiltänzer Stresemann neigte der Befürwortung der Annahme zu, bis er von seinem Geldgeber Stinnes zur Ordnung gerufen wurde. Unter den Demokraten, die einstmal dem Versailler Vertrag ihre Unterschrift verweigert haben, steht heute ein Walter Rathenau als Gegner der Annahme des Ultimatus ziemlich allein. In der Tat läßt der Diktandenlegen der bedeutendsten großkapitalistischen Unternehmungen, die vielfach ihre Riesengewinne kaum noch unterzubringen wissen, weitreichende Schüsse auf die deutsche Wirtschaftskraft zu. Daß natürlich die bisherigen Schwerverdiener einer starken Behinderung ihrer bequemen Einnahmen nicht gerade sympathisch gegenüberstehen ist verständlich.

Charakteristisch ist wieder die Haltung der sogenannten Deutschen Volkspartei. Herr Stresemann stellt im Reichstage die einmütige Ablehnung des Militarismus durch seine Fraktion fest, obwohl neben ihm so manche seiner führenden Parteifreunde — genannt wird auch der bisherige Reichsfinanzminister von Baumgarten — hatten durchgehenden lassen, daß sie das neue Mandat der Partei für die Erträge hielten, und obwohl dieser Partei schließlich das Ausschließen aus ihrer so teuer erworbenen Position in der Regierung außerordentlich schwer gefallen ist. Aber die Angst vor der deutschnationalen Kontinuität in der Agitation hat den Volksparteilern noch rechtzeitig die rettende Begründung ihrer Opposition geliefert. Die von der Emmenten geforderte Entwaffnung der bayerischen Einwohnerwehr ist es, der diese Reaktionäre und Kappfrunde ihre Zustimmung nicht erteilen zu können glauben. Obgleich gesamtengedrohen ist nunmehr auch der verächtliche Hochministerpräsident der zurückgetretenen Regierung von Volkspartei Onaden. Wieder müssen die arg verästelten sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre die Kontinuität liquidieren, die ihnen die sachmännliche bürgerliche Regierung hinterlassen hat, nachdem bereits vornehmlich zwar begriffliche, politisch aber verfehlte Hilfeleistung an den ehemaligen amerikanischen Schriftsteller Harding und die preussische Ministerpräsidentenschaft des antijohannischen christlich-nationalen Arbeiterführers Siegenwald die wahre Tendenz des Geheimniskammerglaubens hatten erkennen lassen. Auch die wochenlangen Bemühungen um die Ausschließung der Sozialdemokratie aus der preussischen Regierung erwiesen sich nun als vergeblich.

Immerhin bleibt zu bedenken, daß auch die neue Reichsregierung nicht unbedingt über eine parlamentarische Mehrheit verfügt. Die braucht sie aber, um endlich, endlich die herrschende politische Verfälschung zu beseitigen. Um ihr diese Mehrheit zu sichern — was heute nicht mehr schwer fallen dürfte, werden Reichstagsniederwahlen aber kurz oder lang doch nicht mehr zu umgehen sein. W. B.

Polen am Scheideweg.

Das oberste polnische Oberhaupt und die polnische Politik.
Von unserem Warschauer D. E.-Berichterstatter.

Warschau, 7. Mai 1921.

Der polnische Zustand in Oberschlesien stellt die Kräfte, die in Polen für und wider eine abenteuerliche Richtung der polnischen Gesamtpolitik nun schon so lange im Streite liegen, aufs neue vor eine harte Probe. Es ist wichtig, sich über diese Kräfte und Motive, unter denen die wirtschaftlichen eine nicht geringe Rolle spielen, Rechenschaft abzulegen. Polen steht, wie jeder Berliner oder Danziger Briefzettel lehrt, was seine Zukunft betrifft, an der Spitze der europäischen Staaten, oder von unten; das heißt, daß sich nach dem Urteil selbst seiner Freunde, der Franzosen, wie z. B. von Georges Clemenceau im „Paris-Rund“, über seine Verwaltung sagen. Nicht aber von seiner Willkürmacht. Zahlreich kommt die polnische Armee auf dem europäischen Kontinent heute an zweiter Stelle und das „von oben“. Auf Frankreich folgt Polen (sogleich mit sechshunderttausend Mann. Die polnische Militär- und Wehrpolitik wird seit Beginn dieses Jahres von zwei widerstreitenden Tendenzen hin- und hergezogen. Es ist Tatsache und steht nicht nur auf dem Papier, daß man, nach dem Abschluß des Definitivfriedens mit Rußland, begann, den schon früher vorbereiteten Demobilisierungsplan langsam zu realisieren, und eine zwar zögernde, aber doch schrittweise fortgehende Entlassung von Mannschaften sich vollzog. Auch das Heeresgut wurde teilweise liquidiert, ein Teil der Werke der Landwirtschaft wiedergegeben. Verschiedene glatte Kessels drängten darauf. Der Finanzminister Stecowski, den man ja zwecks Sanierung der Finanzen befragen sollte, betonte immer wieder, daß seine Aufgabe selbst im mindesten Maße nur dann durchführbar wäre, wenn mit dem monströsen Heeresbudget abgebaut würde. Das Landwirtschaftsmilitarismus forderte Rückgabe der Arbeitskräfte und des requirierten Inventars an das Guts- und Bauernland. Endlich gibt es im Heere selbst eine nicht einflussreiche Gruppe, deren namhaftester Vertreter der General Eychenne ist, die zwar für die Zukunft ernste, ja aber alle bisherigen Erfahrungen hinaus entscheidende Aufgaben für die polnische Wehrhaftigkeit erwarten, aber eine organische Stärkung des gesamten Staatskörpers, namentlich auch durch wirtschaftliche Befähigung, für eine bessere Vorbereitung darauf halten, als die gegenwärtige Überforderung der Rüstungslast, die ein schwächlicher Wirtschaftskörper kaum mehr fortzuschleppen kann. Diese moderierten und auf weitere Sicht eingestellten Ansichten sind im wesentlichen auch diejenigen des gegenwärtigen Ministerpräsidenten in Polen, des Bauern Bilos. Gerade seine Wählerchaft, die bäuerliche Bevölkerung, die die Rolle des einfachen Soldaten stellt, hat von der Kriegslage genug und verlangt ihre Ehre zurück. So war denn eine ganze Reihe von recht erheblichen Faktoren in Polen durchaus für einen Abbau der Militärlast und damit auch gegen eine Erneuerung von Manövern, die sich mit solchen Absichten nicht vereinigen ließen.

Aber freilich fand auch eine durchaus anders geartete Tendenz ihre Vertretung. In jedem Heere gibt es Leute genug, denen Kriegszustand gar nicht lange genug dauern können. In der gegenwärtigen polnischen Armee kommt das Uebermaß an parteipolitischen Tendenzen hinzu. Die Gruppe des Generals Haller, die Gruppe des Generals Dowbor-Musnicki, beide im nationaldemokratischen Fahrwasser, haben sich noch immer nicht damit abfinden können, daß ihr innerpolitischer Gegner, ihr Rivale Biloski als Staatschef und zugleich oberster Heerführer ist. Bezüge schaffen innerpolitisch ausbeutbare Situationen. Die Behauptung Warschaws im vergangenen Sommer und der Anteil Hallers an der Verteidigung der Hauptstadt führte schon damals bis dicht an eine Generalsrevolution. Man würde eine neue Gelegenheit vielleicht besser ausnützen. Ferner wäre der außenpolitischen Zusammenhänge zu bedenken. In Polen finden Ratsschlüsse, aus denen die europäischen Umwälzungen im Gefolge der

Stegestanten sich Deutlichkeit zu sichern, besonders leicht ein Echo. Denn Staaten werden von den Kräften zerrissen, geführt, die sie führen, — auch von denen, die sie wiedererschaffen.

Immerhin ist es vergeblich, wenn man die Absicht, die die polnische Wehrpolitik bisher in der Richtung der Nationalismus und Nationalismus hat, der Welt gegenüber zu stellen. Der Kampf in Oberschlesien, der die Wehr einer Spontankriegsarmee in solchen Händen, die sie zu irgend etwas außer der Wehr führen, war ein bevorstehender Gewinn dieses Gebiets ein „Herakum“ gemacht worden, das alle so empfindlichen Seiten des heimlichen Wirtschaftswachstums, welches hätte helfen können, zu empfindlicher machte. Es ist der Schlag durch die endlichen politischen Ereignisse, die nach der Wehr grundlegenden Teilungsentscheidungen der internationalen Kommission ist.

Wie diese letzte Frage entstehend, ist nunmehr ein geheimer Roman, der sich in der bedrohlichen Situation zu zeigen, deren Explosionsschlag in den ersten Tagen des Mai sich bereits gezeigt hat. Aber die zum Teil in der Wehr, die in der Spitze, in der la allenthalben genügend unterrichtet. Was von dieser Seite in Oberschlesien, was nicht mehr, in der Wehr, nicht unpassend, in der Wehr, in der Wehr, eine „Herakum“ der Propaganda mit anderen Worten, eine ununterbrochene Propaganda der Tat. In der politischen politischen Situation hat sich, nach französischem Vorbild, die Meinung festgesetzt, daß der gegenwärtige englische Premier zwar nach wie vor von großer Wichtigkeit, aber persönlich ein bis zur Wehr opportunistischer Taktiker sei. Rollenbete Tatsachen hält die maximalistische Gruppe für ihm gemäße Begründungen, als in hundert Remotanden auszuführen waren. Nicht so denkt die leitende Person in der polnischen Regierung. Sie scheuen die erhöhten Verordnungen nach Westen, denn sie rechnen mit denen nach Osten von morgen. Gerade in diesem Augenblick ist es vielleicht nicht bedeutungslos, wenn man das Fortdauern des inneren und hemmenden Einflusses in Polen hervorhebt. Eine Basis vernünftiger Haltung der eigenen Kräfte in Polen noch vorhanden. Es liegt an den Großmächten, durch eine bestimmte Haltung diese Haltung in ihrer Autorität zu stärken und dadurch zu verhindern, daß sie, wenn die Kräfte der Agitation noch weiter anschwellen, von ihnen fortgeschwemmt wird.

Die polnische Regierung zum obersteleischen Aufstand.

D. E. Die Warschauer Regierung hat eine Erklärung veröffentlicht, worin sie die Aufstandsbewegung ungemein laut als „nicht zweckentsprechend“ qualifiziert, aber die Polen Oberschlesiens ihres vollen Verständnisses versichert. Ferner erklärt die Regierung, daß sie von den Willkürten einen solchen Akt verlangt habe, der der Proklamation die Bürgerschaft einer gerechten Entscheidung auf Grund des Verfallens Friedens und des beim Wehrhaft geäußerten Volkswillens gebe. In Warschau herrscht vorwiegend große Befriedigung über die auf dem erprobten Wege der politischen Presse bringt sensationelle Fassmeldungen über angebliche militärische Leistungen Deutschlands. So heißt es, die deutsche Regierung habe die Mobilisierung mehrerer Jahreshäufen angeordnet, die bayerischen Einwohnerwehren (1) seien bereits mobilisiert und marschbereit; um flüchtig zusammengekauft deutsche Reichswehrtruppen mit schwerer Artillerie; an der Ober werde von deutschen Pionierabteilungen fieberhaft an dem Bau von Brücken für den unmittelbar bevorstehenden Vormarsch gearbeitet. Die Presse bezeichnet den deutscherseits angebotenen Einsatz von deutschen Streitkräften in Oberschlesien als eine Ungeheuerlichkeit, die das Bestreben der polnischen Regierung, die Erregung des Volkes zu dämpfen (2), gänzlich machen würde.

Korant ist von der internationalen Kommission nicht ausgewiesen worden, vielmehr finden Verhandlungen mit ihm statt. Er hat ein Exekutivkomitee aus Sozialisten, Volksparteilern, Christlichen Demokraten und Nationaldemokraten gebildet, das eine Art von Regierung darstellt. Zum nominellen Nachfolger für Korant ist der Rechtsanwalt Wolny-Beuthen ernannt, der bisher wenig hervorgetreten ist. Der oberste polnische Befehlshaber Rowina-Dolina soll angeblich der Graf Wielkopolski sein, der aus dem sensationellen Nordprozeß vom Jahre 1914 — wegen Erschießung seiner Frau und ihres Liebhabers — bekannt ist. Wielkopolski war seinerzeit deutscher Rittmeister und Vertrauensmann des Obersten Nikolai, des Gehilfen Lubendorfs.

Kommunistenniederlage in Amsterdam.

Genosse P. I. Twerdowski-Amsterdam schreibt dem „Vorwärts“:

Am 27. April hat in Amsterdam ein Wahlkampf stattgefunden, dessen Ergebnis nicht nur für die holländische Sozialdemokratische Partei, sondern auch für das ganze politische Leben Hollands von überaus wichtiger Bedeutung ist.

Es handelte sich um die Amsterdamer Gemeinderatswahlen, bei denen die sozialdemokratische Partei, trotz aller Anfeindungen von links und rechts, die einzige Partei war, die wirklich siegreich aus dem Kampf hervorgegangen ist. Sie eroberte dabei 11 von den 45 Mandaten, wußte also nicht nur die Zahl ihrer Vertreter zu behaupten, sondern noch dazu um einen zu vernehmen.

Die bürgerliche Presse weiß sich mit diesem Resultat kaum zurechtzufinden. Zum ersten Male beteiligten sich die Frauen an den Amsterdamer Wahlen. Als Folge dieser Beteiligung hatten die bürgerlichen Parteien eine Verstärkung der reaktionären Stimmen und einen ungeheuren Rückgang der sozialistischen Stimmen erwartet. Zwar sind die kirchlichen Parteien um manche Frauenstimme bereichert, jedoch bei weitem nicht in der Höhe, wie es sich namentlich die Katholiken vorgestellt hatten. Eine weitere arge Enttäuschung hat der sogenannte „Freiheitsbund“, die neulich gegründete

Koalition aller ehemaligen liberalen Parteien, erfahren. Der Rückgang ihrer Stimmenzahl von 8 auf 6 zeigt, daß dem unaufhaltsamen Niedergang des Liberalismus, der wie der Niedergang der Demokratie von 4 auf 2 Stimmen abging, nun auch der Niedergang der bürgerlichen Demokratie folgt.

Die sozialistische Bewegung haben aber wohl die Kommunisten erfahren. Bei den Wahlen 1917 hatten sie 5 ihrer Vertreter in den Gemeinderat geschickt. Das Jahr 1921 hat die Partei schon auf 11 Vertreter erhöht. In der ersten Wahl für die Stadtverordnetenversammlung war die sozialistische Partei, deren Stimmzahl die Sozialisten der Arbeit unserer Genossen und unserer sozialdemokratischen Stadträte war. Deren fröhliche Partei auf dem Gebiet der Nahrungsversorgung und der Wehr der Nahrungsversorgung gegenüber vertrieben sie nur negativ und dazu ungenügende Partei zu üben. Die große Tranche der Arbeiter hat für diese sozialistische kommunistische Treiben nur noch Spott und Verachtung übrig. Aber nicht nur daraus läßt sich die kommunistische Niederlage erklären. Es war bei diesen Wahlen von gewissen anarcho-syndikalistischen Kreisen ein bekannter Anführer, ein Arbeiter, ein verkommenen Trunkenbold, als Kandidat aufgestellt worden. Diese Kreise glaubten damit ihre Abneigung gegen die allgemeine Wehrpflicht kundgeben zu müssen. Für diesen Trunkenbold sind 14 000 Stimmen aufgebracht worden. Eine Vergleichung dieser Stimmen je nach den verschiedenen Wahlbezirken zeigt, daß es hauptsächlich ehemalige kommunistische Stimmen sind, die auf diese Weise noch mehr nach links gedrückt sind. Damit hat dieser Kommunismus ein für allemal deutlich gezeigt, daß ihm jede zum bewussten Sozialismus ersiehende Kraft abgeht. Die von diesen Kommunisten „geführten“ Massen warten nur auf den Augenblick, es noch toller zu machen als die Führer selbst.

Die Sozialdemokratie hat die Aufgabe, auch in dieser Hinsicht dasjenige wieder gutzumachen, was die kommunistischen „Führer“ verbrochen haben. Daß ihnen das gelingen wird, dafür zeugt ihre unerschütterliche, ruhig vorwärtsschreitende Kraft.

Das bevorstehende litauisch-lettisch-estnische Bündnis.

Der kürzlich in Riga weilende litauische Außenminister Burikis erklärte dem Vertreter des Ost-Express, daß seine Verhandlungen mit Lettland und Estland von Erfolg gekrönt seien und daß der Abschluß eines Bündnisses dieser drei baltischen Staaten, ohne Polen und Finnland, unmittelbar bevorstehe.

Die Haltung unserer belgischen Genossen.

Brüssel, 9. Mai. „Peuple“ erklärt, die verbreiteten Nachrichten, im belgischen Ministerrat hätte außer dem Justizminister Vandervelde sich niemand gegen die vorgesehenen Zwangsmassnahmen im Ruhrgebiet ausgesprochen, seien falsch. Es sei nicht wahr, daß Minister Wauters geschwiegen habe, es sei ferner nicht wahr, daß Minister Desreux die These von Minister Jaspar und Theunis vertreten habe. Vandervelde habe militärische Sanktionen für gefährlich, er halte sie auch für unwirksam und sei der Ansicht, daß sie keine Früchte zeitigen würden, ja sogar, daß sie einen neuen Kriegszustand herbeiführen könnten. Auch Desreux glaube nicht, daß militärische Sanktionen Erfolge zeitigen würden. Er sei aber der Ansicht, daß Belgien allein an der Lage nichts ändern könne. Die gleiche Ansicht vertrete auch der sozialistische Minister Anseele. Was aber die Presse verschweige, sei, daß auch der liberale Minister Franks Gegner des Abenteuers im Ruhrgebiete sei und auch der katholische Minister Van de Vyvere.

Amerikas Interesse am Reparationsproblem.

Paris, 10. Mai. Frank H. Simonds veröffentlicht im „New York Herald“ einen Artikel, in dem er darauf hinweist, daß man in Amerika nichts zu tun haben wolle mit irgendwelchen Klauseln des Friedensvertrages, die sich auf territoriale und ähnliche Probleme bezögen. Insofern beabsichtige auch Präsident Harding, die Politik der Vereinigten Staaten von allem fernzuhalten, was über eine formale Kenntnisnahme hinausgehe. Genau wie zur Zeit der Algerien-Konferenz die Vereinigten Staaten das Abkommen über Marokko wohl unterzeichnet, aber ausdrücklich bemerkt hätten, daß sie nichts zu tun haben mit einer gewaltsamen Durchführung seiner Bedingungen, so wünsche sich die amerikanische Politik auch gegenüber den territorialen Bestimmungen des Versailler Vertrages einzurichten. Ganz anders stehe man der Reparationsfrage gegenüber, deren Nachwirkungen in den Baumollgebieten des Südens und in der Kupferindustrie des Westens der Vereinigten Staaten unmittelbar empfinden würden. Gegen jede Verschiebung der Verhandlungen vom wirtschaftlichen auf das moralische Gebiet aber würden die Amerikaner augenblicklich und in vollem Umfange Front machen. Auch Staatssekretär Hughes, der in seiner politischen Laufbahn mehr als Moralist denn als Materialist hervorgetreten sei, habe anerkannt, daß man den europäischen Angelegenheiten nur von der materiellen Seite beizukommen habe. Die neue Regierung der Vereinigten Staaten wolle eine internationale Konferenz zur Beratung der wirtschaftlichen Probleme der Welt zustande zu bringen. Am liebsten sähe sie, daß diese Konferenz in Washington stattfindet, aber sie lasse schon erkennen, daß man sie wohl in Europa werden abhalten müssen, und sie denke daran, Elihu Root zu diesen Verhandlungen zu entsenden.

Die Arbeitslosigkeit in Amerika.

London, 10. Mai. „Morning Post“ meldet aus Washington, daß dem „American Economist“ zufolge die Zahl der Erwerbslosen in den Vereinigten Staaten niemals so hoch war wie augenblicklich. Die Regierung schätze die Zahl der Arbeitslosen auf drei Millionen, die Arbeiterverbände schätzten sie jedoch auf mindestens fünf Millionen. „Economist“ schreibt die Ursache für die Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten dem ausländischen Wettbewerb zu.

Don Director Dr. Lauritzen, Tønsig.

as in Danzig gegenwärtig zum Verkehr gelangende Gefrierfleisch ist argentinischen, theilweise englischen Ursprungs. Durch die Lieferung seitens einer der größten Weltkammeren aus diesem Lande besteht die Gewähr, das nur erstklassiges aus direkten Abzügen eintreffendes Fleisch zur Einlagerung nach Danzig kommt. Die nächsten Monate wird im Freistaat somit ein hochwertiges, sehr wertvoll frisches Fleisch mindestens ebenbürtiges Rohmaterial vorhanden sein, das einerseits infolge eines stabilen Preises für drei Monate es ermöglicht, die hohen Fleischpreise theilweise noch herabzudrücken, andererseits eine Schonung unserer heimischen Viehbestände bis nach dem Weidegang herbeiführt.

Was Minimumum der Entente! Ich spreche von wichtigen Dingen, die von der Montagmorgenpresse erst genommen werden. Was sagen Sie! Der Todschwur! Graf Herr (das heißt Herr), nicht der Graf Herr von der Siegesstraße! Geschlagen, hoffnungsloser Driftler! Haben Sie es wirklich nicht gelesen? Der

[The page contains faint, illegible markings and a large, dark smudge.]

Charakteristika ist wieder die Stellung der sogenannten Deutschen Volkspartei. Herr Stresemann stellt im Reichstag die einmütige Ablehnung des Vorschlags dar, seine Fraktion fest, obwohl nach ihm so manche seiner früheren Parteifreunde — darunter auch der bisherige Reichsfinanzminister von Cuno — hätten durchbleiben lassen, daß sie das neue Ministerkabinett der Cuno-Fraktion beizutreten, und obwohl dieser Partei schon ein Ausschluß aus ihrer so leicht erworbenen Position in der Regierung außerordentlich schwer gefallen ist. Aber die Angst vor der deutsch-nationalen Kontinuität in der Regierung hat den Volksparteilern noch rechtzeitig die rettende Begründung ihrer Opposition geschenkt. Die von der Cuno-Fraktion geforderte Entlassung der bayerischen Finanzkommissionäre ist es, der diese Reaktions- und Kampfbünde ihre Zustimmung nicht erteilen zu können glauben. Überdies zusammengebrochen ist namentlich auch der herrschende Nachministerwindel der paritätischen Regierung von Volkspartei-Grünenden. Wieder müssen die arg verästelten sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsunionskräfte die Kontinuität liquidieren, die ihnen die sachverständige bürgerliche Regierung überlassen hat, nachdem bereits der menschlich zwar begreifliche, politisch aber verjüngte Sympathie an den ehemaligen amerikanischen Geschäftler Harding und die preussische Ministerpräsidentenschaft des autokratischen christlich-nationalen Arbeiterführers Siegenwald die wahre Tendenz des Sozialdemokratismus hatten erkennen lassen. Auch die wochenlangen Bemühungen um die Auflösung der Sozialdemokratie aus der preussischen Regierung erweisen sich nun als vergeblich.

Immerhin bleibt zu bedenken, daß auch die neue Reichsregierung nicht unbedingt über eine parlamentarische Mehrheit verfügt. Die braucht sie aber, um endlich, endlich die herrschende politische Verwirrung zu beenden. Um ihr diese Mehrheit zu sichern — was heute nicht mehr schwer fallen dürfte, werden Reichstagsniederwahlen über kurz oder lang doch nicht mehr zu umgehen sein. M. D.

Polen am Scheideweg.

Das oberstelektische Kabinett und die polnische Politik.
Von unserem Warschauer O. G. Berichterstatter.
Warschau, 7. Mai 1921.

Der polnische Kuffstand in Oberschlesien stellt die Kräfte, die in Polen für und wider eine obenversteckliche Richtung der polnischen Gesamtpolitik nun schon so lange im Streite liegen, aufs neue vor eine harte Probe. Es ist wichtig, sich über diese Kräfte und Motive, unter denen die wirtschaftlichen eine nicht geringe Rolle spielen, Rechenschaft abzugeben. Polen steht wie jeder Berliner oder Dantiger Bürgergelehrter, was seine Zukunft betrifft, an der Spitze der europäischen Staaten, aber von unten; daselbst läßt sich nach dem Urteil selbst seines Feindes, der Franzosen, wie z. B. von Georges Clemenceau „Paris-Midi“, über seine Verwaltung sagen. Nicht aber von seiner Militärmacht. Zahlenmäßig kommt die polnische Armee auf dem europäischen Kontinent heute an zweiter Stelle und das „von oben“. Auf Frankreich folgt Polen lediglich mit sechshunderttausend Mann. Die polnische Militär- und Wehrpolitik wird seit Beginn dieses Jahres von zwei widerstreitenden Tendenzen hin- und hergezogen. Es ist Tatsache und steht nicht nur auf dem Papier, daß man, nach dem Abschluß des Versailler Friedens mit Rußland, begann, den schon früher vorbereiteten Demobilisierungsgang langsam zu reorganisieren, und eine zwar ärmliche, aber doch schrittweise fortgehende Entlassung von Mannschaften sich vollzog. Auch das Heeresgut wurde stufenweise liquidiert, ein Teil der Pferde der Landwirtschafft wiedergegeben. Verschiedene zivile Ressorts drängten darauf. Der Finanzminister Skrzyskowski, den man ja gewis als Sanierung der Finanzen berufen hatte, betonte immer wieder, daß seine Aufgabe selbst im mindesten Maße nur dann durchführbar wäre, wenn mit dem monströsen Heeresbudget abgebaut würde. Das Landwirtschaftsministerium forderte Rückgabe der Arbeitskräfte und des requirierten Inventars an das Guts- und Bauernland. Endlich gibt es im Heere selbst eine nicht einflussreiche Gruppe, deren namhaftester Vertreter der General Gajewski ist, die zwar für die Zukunft ernste, ja über alle bisherigen Erfahrungen hinaus entscheidende Aufgaben für die polnische Wehrhaftigkeit erwarten, aber eine organische Stärkung des gesamten Staatskörpers, namentlich auch durch wirtschaftliche Gesundung, für eine bessere Vorbereitung darauf halten, als die gegenwärtige Hebersteigerung der Rüstungslast, die ein schwindsüchtiger Wirtschaftskörper kaum mehr fortzuschleppen kann. Diese moderierten und auf weitere Sicht eingestellten Ansichten sind im wesentlichen auch diejenigen des gegenwärtigen Ministerpräsidenten in Polen, des Bauern Witos. Gerade seine Wählerkraft, die bäuerliche Bevölkerung, die die Masse des einfachen Soldaten stellt, hat von der Kriegspolice genug und verlangt ihre Söhne zurück. So war denn eine ganze Reihe von recht erheblichen Faktoren in Polen durchaus für einen Abbau der Militärmacht und damit auch gegen eine Erneuerung von Kriegen, die sich mit solchen Absichten nicht vereinigen ließen.

Aber freilich fand auch eine durchaus anders geartete Tendenz ihre Vertretung. In jedem Heere gibt es Parteigenossen, deren Kriegseiden gar nicht lange genug dauern können. In der gegenwärtigen polnischen Armee kommt das Ueberwachen parteipolitischer Tendenzen hinzu. Die Gruppe des Generals Haller, die Gruppe des Generals Dowbor-Musnicki, beide im nationaldemokratischen Fahrwasser, haben sich noch immer nicht damit abfinden können, daß ihr innerpolitischer Gegner, ihr Rivale Pilsudski als Staatsoberhaupt auch zugleich oberster Heerführer ist. Schwache Kräfte innerpolitisch ausdeutbare Situationen. Die Beherrschung Warschaws im vergangenen Sommer und der Anteil Hallers an der Verteidigung der Hauptstadt führte schon damals bis dicht an eine Generalsrevolution. Man würde eine neue Gelegenheit vielleicht besser ausnützen. Ferner wäre der außenpolitischen Zusammenhänge zu gedenken. In Polen finden Rassistische, aus den allgemeinen europäischen Umwälzungen im Gefolge der

Wegerrastanten sich Bestrebungen zu sichern, besonders nicht ein Echo. Denn Staaten werden von den Kräften geformt, die sie ausfüllen, — und von denen, die sie überleben.

Die polnische Regierung hat eine Erklärung abgegeben, die den Deutschen gegenüber die polnische Haltung in Oberschlesien darlegt. In dieser Erklärung wird die polnische Regierung als eine Regierung bezeichnet, die die Interessen der polnischen Bevölkerung in Oberschlesien zu vertreten hat. Sie wird als eine Regierung bezeichnet, die die Interessen der polnischen Bevölkerung in Oberschlesien zu vertreten hat.

Die polnische Regierung hat eine Erklärung abgegeben, die den Deutschen gegenüber die polnische Haltung in Oberschlesien darlegt. In dieser Erklärung wird die polnische Regierung als eine Regierung bezeichnet, die die Interessen der polnischen Bevölkerung in Oberschlesien zu vertreten hat. Sie wird als eine Regierung bezeichnet, die die Interessen der polnischen Bevölkerung in Oberschlesien zu vertreten hat.

Die polnische Regierung zum oberstelektischen Kuffstand.

O. G. Die Warschauer Regierung hat eine Erklärung veröffentlicht, worin sie die polnische Bewegung ungemein sanft als „nicht zweckentsprechend“ qualifiziert, aber die Polen Oberschlesiens ihres vollen Verständnis versichert. Ferner erklärt die Regierung, daß sie von den Alliierten einen solchen Akt verlangt habe, der der Bevölkerung die Bürgschaft einer gerechten Entscheidung auf Grund des Versailler Friedens und des beim Wiederaufbau geübten Volkswillens gebe. In Warschau herrscht vorwiegend große Befriedigung über die auf dem erprobten Wege der polnischen Regierung erlangten Erfolge. Die polnische Presse bringt sensationelle Meldungen über angebliche militärische Rüstungen Deutschlands. So heißt es, die deutsche Regierung habe die Rohlmachung mehrerer Jahresschiffe angeordnet, die bayerischen Einwohnerwehr (1) seien bereits mobilisiert und marschbereit; um Ratibor sammelten sich deutsche Reichwehrruppen mit schwerer Artillerie; an der Oder werde von deutschen Pionierabteilungen fleißig an dem Bau von Brücken für den unmittelbaren bevorstehenden Vormarsch gearbeitet usw. Die Presse bezeichnet den deutschen Seiten angebotenen Einsatz von deutschen Streitkräften in Oberschlesien als eine Ungeheuerlichkeit, die das Bestreben der polnischen Regierung, die Erregung des Volkes zu dämpfen (1), zunichte machen würde.

Korstanty ist von der internationalen Kommission nicht ausgenommen worden, vielmehr finden Verhandlungen mit ihm statt. Er hat ein Erbkommitee aus Sozialisten, Volksparteilern, Christlichen Demokraten und Nationaldemokraten gebildet, das eine Art von Regierung darstellt. Zum nominellen Nachfolger für Korstanty ist der Rechtsanwalt Wolyn-Beuthen ernannt, der bisher wenig hervorgetreten ist. Der oberste polnische Parteiführer Dominik-Domsa soll angeblich der Graf Kleczkowski sein, der aus dem sensationellen Mordprozeß vom Jahre 1914 — wegen Ermordung seiner Frau und ihres Liebhabers — bekannt ist. Kleczkowski war seinerzeit deutscher Minister und Vertrauensmann des Obersten Nikolai, des Gehilfen Lubenski.

Kommunistenniederlage in Amsterdam.

Genosse P. L. Tscherning-Amsterdam schreibt dem „Vorwärts“:

Am 27. April hat in Amsterdam ein Wahlkampf stattgefunden, dessen Ergebnis nicht nur für die holländische Sozialdemokratische Partei, sondern auch für das ganze politische Leben Hollands von überaus wichtiger Bedeutung ist.

Es handelte sich um die Amsterdamer Gemeinderatswahlen, bei denen die sozialdemokratische Partei, trotz aller Anfeindungen von links und rechts, die einzige Partei war, die wirklich siegreich aus dem Kampf hervorgegangen ist. Sie eroberte dabei 11 von den 45 Mandaten, mußte also nicht nur die Zahl ihrer Vertreter zu behaupten, sondern noch dazu um einen zu vernehmen.

Die bürgerliche Presse weist sich mit diesem Resultat kaum gerechtfertigt. Zum ersten Male beteiligten sich die Frauen an den Amsterdamer Wahlen. Als Folge dieser Beteiligung hatten die bürgerlichen Parteien eine Verstärkung der reaktionären Stimmen und einen ungeheuren Rückgang der sozialistischen Stimmen erwartet. Zwar sind die kirchlichen Parteien um manche Frauenstimme bereichert, jedoch bei weitem nicht in der Weise, wie es sich namentlich die Katholiken vorgestellt hatten. Eine weitere große Enttäuschung hat der sogenannte „Freiheitsbund“, die neulich gegründete

Koalition aller ehemaligen liberalen Parteien, erfahren. Die Sozialdemokratie hat die Aufgabe, auch in Hinsicht dasjenige wieder gutzumachen, was die letzten „Führer“ verbrochen haben. Daß ihnen das wird, dafür zeugt ihre unerschütterliche, ruhige, schreitende Kraft.

Die Sozialdemokratie hat die Aufgabe, auch in Hinsicht dasjenige wieder gutzumachen, was die letzten „Führer“ verbrochen haben. Daß ihnen das wird, dafür zeugt ihre unerschütterliche, ruhige, schreitende Kraft.

Das bevorstehende litauisch-lettisch-estnische Bündnis.

Der zurzeit in Riga weilende litauische Außenminister erklärte dem Vertreter des Ost-Express, daß Verhandlungen mit Lettland und Estland von C. ... auf seien und daß der Abschluß eines Bündnisses mit diesen Staaten, ohne Polen und Finnland, unvorstellbar sei.

Die Haltung unserer belgischen Genossen.

Brüssel, 9. Mai. „Peuple“ erklärt, die verbreiteten, im belgischen Ministerrat hätte außer dem Minister Vandervelde sich niemand gegen die vor Zwangsmaßnahmen im Ruhrgebiet ausgesprochen. Es sei nicht wahr, daß Minister Moutere ge habe, es sei ferner nicht wahr, daß Minister De Theze von Minister Jaspar und Theunis vertret Vandervelde habe militärische Sanktionen für gehalten. Es sei auch für unwahrscheinlich und sei der Ansicht, keine Früchte zeitigen würden, ja sogar, daß sie el Kriegszustand herbeiführen könnten. Auch Desti nicht, daß militärische Sanktionen Erfolge zeitigen. Er sei aber der Ansicht, daß Belgien allein an der I ändern könne. Die gleiche Ansicht vertrete auch I stische Minister Anseels. Was aber die Presse u sei, daß auch der liberale Minister Frants Gegner teurs im Ruhrgebiete sei und auch der katholisch Van de Wyvere.

Amerikas Interesse am Reparationsst.

Paris, 10. Mai. Franz H. Simonds veröffent „New York Herald“ einen Artikel, in dem er t weist, daß man in Amerika nichts zu tun haben irgendwelchen Klauseln des Friedensvertrages, I territoriale und ähnliche Probleme bezögen. I absichtige auch Präsident Harding, die Politik einigten Staaten von allem fernzuhalten, was formale Revisionsmaßnahmen betrafen. Genau w der Algecras-Konferenz die Vereinigten Staaten kommen über Marokko wohl unterzeichnet, aber bemerkt hätten, daß sie nichts zu tun haben mit e samen Durchführung seiner Bedingungen, so wli amerikanische Politik auch gegenüber den terril stimmungen des Versailler Vertrages einwirk anders sehe man der Reparationsfrage deren Nachwirkungen in den Baumwoll des Südens und in der Kupferindu Westens der Vereinigten Staaten empfunden würden. Gegen jede Verschiebung handlungen vom wirtschaftlichen auf das mora aber würden die Amerikaner augenblicklich un Umfange Front machen. Auch Staatssekretär in seiner politischen Laufbahn mehr als Moral Materialist hervorgetreten sei, habe anerkannt, I europäischen Angelegenheiten nur von der mate vollkommen läßt. Die neue Regierung versuch einer Weise eine internationale Konferenz zur I wirtschaftlichen Probleme der Welt zustande zu klebten läßt sie, daß diese Konferenz in Wash finde, aber sie lasse schon erkennen, daß man Europa werde abhalten müssen, und sie denke Root zu diesen Verhandlungen zu entsenden.

Die Arbeitslosigkeit in Amer.

London, 10. Mai. „Morning Post“ meldet ton, daß dem „American Economist“ zufolge Erwerbslosen in den Vereinigten Staaten nie war wie augenblicklich. Die Regierung schätze Arbeitslosen auf drei Millionen, die Arb schätzten sie jedoch auf mindestens fünf Millio mist“ schreibt die Ursache für die Arbeitslosigke einigten Staaten dem „unlücklichen Wettbewerb

Don Director Dr. Saurisen, Tenzig.

Daß in Danzig gegenwärtig zum Verkehr gelangende Gefrierfleisch ist argentinischen, teilweise englischen Ursprungs. Durch die Belieferung seitens einer der größten Weltkongerene auf diesen Gebiete besteht die Gewähr, daß nur erstklassiges aus direkten Ab-
ladungen eintreffendes Fleisch zur Einlagerung nach Danzig kommt. Für die nächsten Monate wird im Freistaat somit ein hochwertiges, an Nährwert dem frischen Fleisch mindestens ebenbürtiges Nahrungs-
mittel vorhanden sein, das einerseits infolge eines stabilen Höchstpreises für drei Monate es ermöglicht, die letzten Fleisch-
höchstpreise teilweise noch herabzudrücken, andererseits eine Schonung unserer heimischen Viehbestände bis nach dem Weidgang
gewährleistet.

Was Klimatum der Entente! Ich spreche von wichtigen Dingen, die von der Montagsmorgenpresse ernst genommen werden. Was sagen Sie! Der Derbyfavorit Graf Jerry (das Pferd Jerry, nicht der Esel Jerry von der Siegessäule) geschlagen, kühnster Mann! Haben Sie es wirklich nicht gesehen? Der

Preisstreitigkeiten mit Schöffenmännern. Der Kaufmann Erich Edewe in Danzig erwirkte durch seine Anwälte für seinen feinsten Milch und nahm für die Milch, die er seinen übernehmenden Preis. Das Schöffengericht verurteilte ihn wegen Vergehens gegen die Nahrungsmittelfestverordnung und Geldstrafe zu 1500 M. Geldstrafe.

Deutscher Metallarbeiterverband. Bezirksversammlungen:

10. Bezirk (Zoppot) am Freitag, den 13. Mai, abends 7 Uhr bei Blokus.
11. Bezirk (Heubude) am Freitag, den 13. Mai, abends 7 Uhr bei Schniewiese.
14. Bezirk (Mehnenbors) am Freitag, den 13. Mai, nachmittags 4 Uhr im Speisehaus.

Branche der

Heizungsmonteurs am Freitag, den 13. Mai, nachmittags 4 Uhr im Gewerkschaftshaus, großer Saal.

Klempner am Freitag, den 13. Mai, nachmittags 6 Uhr im Gewerkschaftshaus, großer Saal.

Formen am Sonnabend, den 14. Mai, nachmittags 6 Uhr im Gewerkschaftshaus, großer Saal.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

Stellungnahme zum 15. ordentlichen Verbandstage.

Sozialdemokratischer Verein Danzig.

8. Bezirk (Neufahrwasser). Freitag, den 13. Mai, abends 6 1/2 Uhr, im Lokal Bengis, Abbruchstraße. Bezirksversammlung. 1. Vortrag des Gen. Maß. 2. Verchiedenes.

100-443882-100

Dr. Deffer's Backpulver



Eine Dorfgeschichte von Ludwig Anzengruber.

63) Sie war, als der alte Sternsteinhoyer der Hütte ihrer Mutter aufschritt, herausgelaufen nach ihrem Garten und hatte lauschend in der Laube gestanden, ohne daß sie aus den einzelnen Lauten, die von dem kurzen Wortwechsel herüberdrangen, oder aus dem zeitweise vor dem Hause hörbaren Schluchzigen flug zu werden vermochte; die Deutung des Vorganges blieb somit ganz ihrem bösen Gerissen überlassen und ein solches schließt meist überraschend schnell und richtig.

Sie hörte den Wagen fortrollen; noch blieb sie, wie gebannt, gleich reglos an der nämlichen Stelle, plötzlich machte ein klägliches Kindergeschrei im Hause sie zusammenzuckend, sie huschte nach der Küche und lugte fiebern an den Türspalten in die Stube, da sah sie den kleinen Ganns Kepmann heulend neben dem großen stehen, der, wie ist, am Boden lag.

Sie stürzte hinzu, hob den Mann auf, brachte ihn zu Bett und begann ihm Stirne und Schläfen mit Essig zu waschen; während sie noch um ihn beschäftigt war, liegen sich leise Schritte und ein schwebendes Memholen in der Küche vernahmen, nach einer Weile zeigte sich hinter dem Türschal das verkörperte Gesicht der alten Zinshoyer. „Jesus, Maria!“ stöhnte sie, „was für ein Unglück!“

„Sei still,“ flüsterte Helene. „Gehe fort, geh in Gottesnamen fort!“ Ich will adern mit ihm sein, wenn er wieder zu sich kommt.“

„Dürfte mit gerathen sein.“

Helene zuckte ungeduldig mit dem Fuße, besann sich aber damit aufzustampfen. „Wann ich dir aber sage, geh,“ rief sie weinerlich, „so geh.“

„Ich gehe dir schon, du weihst, bei der Hand bin ich, wenn du mich brauchst.“

Helene lief nach der Türe. „Das Kind nimm zu dir!“ Sie schob den kleinen Mucker der Allen zu, und als sie an das Bett zurückkehrte, da erwachte der Mann und als er ihrer ansichtig wurde, da streckte er abweichend die Arme aus. „Weg, weg,“ leuchtete er, „weg du von mir.“

Es kostete dem Weibe einige Anstrengung mit beiden Händen seine kraubende Rechte zu erfassen und festzuhalten. „Mucker, sei

fein Rarr, weiß andere närrisch tun! Der alte Sternsteinhoper is mir zether feind und die Bäuerin eßert wohl und bibelt sich. Gott weiß was, ein. —

Der Holzschneider kehrt sich der Wand zu.

„Munder! frische Pelenc, das leide ich nit. Anhören mußt mich!“ Sie rüttelte heftig an seinem Arme. „Schau mich an!“

So wandte er langsam sein fahles Gesicht nach ihr. Jeder Tropfen Blutes war aus seinem Gewichte, durch die Starre und Schlafheit der Tage erschienen es eingesunken, verzerrt, entleert, nur die Mundwinkel zuckten kaum merklich, aber aus den im fruchten Glanze schimmernden Augen schloß ein stehender, durchdringender Blick: Was gilt noch die Bedr?

Und in diese Augen starrten nun mit leerem, nichts sagendem Blicke die des Weibes, dem es nur galt, die Lider nicht senken zu lassen, wenn sie auch in heilem Krampfe zuckten und mit einer Stimme, so heelenlos im Ausdruck und so rauh im Tone, als löse sich die lebende Ringe vom Baumen, sagte es: „Weißt, ich war dir treu!“

Schmerz und Born, in einer Grimasse, verzogen dem Manner das Gesicht, sein zornmüthiges Häupel nahm sich wie blöde aus und er lallte es her: „Wann du deine Weiberreue auch gewahrt hättest, frage ich nit darnach! Derweile tren is bald eine, auch was sein Herz hat, wie du feines für mich; weiß nit, ob für einem andern!“ Bedacht haßt, ich würde nimmer lange um Weg sein. — wie es der von der Seinen denk! — und daß du dabauß wartest, daren liegt deine Untreu. — ob du es etwa nit mehr hast erwarten können. — das vermag nit ärger noch zu tun. — weih mer mal, daß unter einem Tage das eigne Weib einem den baldigen Tod wünscht!“

Pelenc druck in Thränen aus.

„Was weinst?“ fragte er, sich emporrichtend. „Zagu, dent ich redre wohl an mir die Reize; aber den Gefallen erweise ich dir nit und die Freude mach ich dir nit!“ Er warf sich hinüber, den Kopf in die Kissen vergrabend und schluchzte laut.

Das junge Weib sahte mit beiden Händen ihn an den Schultern an.

„Höre mich nit an!“ schrie er, emporstöhnend. „Ausweiner will ich nicht! Fort! Hinan! Schließe die Thren, draußen an dem Torstafel is dein Plaz. Gabe ach, daß niemand nahe komm

und merkt, was da herum und herein vorgeht. Ich will kein Ge-
frage und kein Geklopp." Er minnte ihr heftig auf gehen.
Sie lehnte sich ab und schritt hinaus, sie schloß die Thüren hinter
sich und setzte sich auf die Steinstufe vor dem Hause.
Unbeweglich, die Ellbogen auf den Knien, den Kopf zwischen
den Händen, lauerte sie dort. Immer vorrückender ward ihr Muth,
immer breiter warfen sich ihre Rippen auf, hinter denen ihr das
Wasser zusammenfloß.
„Hüth! Sie sprudte aus.
Grausliche Narrischkeit! —
Wie äßel es befohm, ein Weib zu sein, — und daß sie ein
Mann wäre, mochte sie sich auch minuter wünschen.
20.
Sonntags wollte Helene allein, wie sie gekommen war, die Kirche
auch wieder verlassen; als sie die breiten Steinstufen hinunterstieg,
gestellte sich die Mahner-Geperl zu ihr und sprach sie an: „Gut-
Gott, Aleebinderin, ich höre ja, dein Mann soll recht (Gleick) sein!“
Helene nickte.
„Reine.“ fuhr die Dorn fort, „mit ihm kannst noch a wahre
Arzenz haben: mir scheint, er is gern (leicht) oft) krank.“
„Ich wöchte nit, daß er es fröher gewest wäre!“
„O doch, habe ich nit schon einmal seiner Mutter frankenmar-
geholten?“
Die Aleebinderin blickte sie finster an.
Aber Geperl achtete es nicht und sprach weiter und munter:
dazu immer mehr auf den Augen, als überraschte sie das müde
Zuhören der anderen, oder ihre eigene Rede. „Und wann du nicht
dagegen hättest, ich seih ich wohl gern amal wieder und nit
auch öfter besuchen und wann dir recht wäre, so ging ich dir mit
an die Hand und äbeis denck wohl nit von so einem Besamgen
sein!“
„Bist gescheldt?“ fragte Helene. „Wann du ihn heimhau-
wilst, werde ich dir doch nit verwehren? Und wann du mer
stehen willst in der Pflüge, so wänsche ich dir daßer Gottes
und äbeis denken röde gerad sündhaft, wo der Maria sich behin-
liegt, seine argen Gedanken hat und auf keine bringi.“
„So ging ich gleich mit dir.“
„Is recht. Komme mir.“ (Fortsetzung folgt.)

Millionen-Durchschneidung bei dem Ausbau des Reiches... Die Aufwärtsentwicklung der Sozialdemokratie...

Parteinachrichten.

Die Aufwärtsentwicklung der Sozialdemokratie. Während 1921 und 1922 immer mehr einander... Die Aufwärtsentwicklung der Sozialdemokratie...

Die Aufwärtsentwicklung der Sozialdemokratie. Während 1921 und 1922 immer mehr einander... Die Aufwärtsentwicklung der Sozialdemokratie...

Genossenschaftliches.

Der Genossenschaftstag der deutschen Konsumvereine wird in den Tagen vom 11. bis 17. Juni in Baden-Baden abgehalten werden. Er beginnt mit einer gemeinschaftlichen Sitzung des Vorstandes und des Ausschusses...

Aus aller Welt.

Der Sturz eines Riesens. Der Riesens, der dieses Baum im berühmten Calaveras-Forest, 91 1/2 Meter hoch und mit einem Durchmesser von 9 Metern an seinem Fuß...

Bewerkschaftliches.

Zur Erkenntnis gekommen. In der 'Metallarbeiterzeitung' veröffentlicht der derzeitige unabhängige Vorsteher des Metallarbeiterverbandes Tilmann...

Shakespeare und Goethe.

Shakespeare und Goethe. (Zappoter Festspielwoche.) 'Der Wilderpenstigen Rührung'. Nach Goethes 'Abdigung' am Sonntag vorgestern diesen lustigen Schachspiel...

Die Aufwärtsentwicklung der Sozialdemokratie. Während 1921 und 1922 immer mehr einander... Die Aufwärtsentwicklung der Sozialdemokratie...

Die Aufwärtsentwicklung der Sozialdemokratie. Während 1921 und 1922 immer mehr einander... Die Aufwärtsentwicklung der Sozialdemokratie...

Die Aufwärtsentwicklung der Sozialdemokratie. Während 1921 und 1922 immer mehr einander... Die Aufwärtsentwicklung der Sozialdemokratie...

Die Aufwärtsentwicklung der Sozialdemokratie. Während 1921 und 1922 immer mehr einander... Die Aufwärtsentwicklung der Sozialdemokratie...

Sport und Körperpflege.

Touristenverein 'Die Naturfreunde'. Pfingsten (2 Tage): Nach Pommern. Abfahrt: Sonnabend, 8.45 Uhr nachmittags bis Pommern...

Schule und Haus.

Älterliche Zuschriften. Liebes Fräulein! Bitte meine Tochter in Zeugen gegenwärtig bis auf dem Grunde aus zu ziehen so sich ein Ungeheuer findet, bitte in Anmer zu stehen und zu senden...

Goethe bringt das Drama der Rache eines Bruders an dem zweiten weltberühmten Gelehrten seiner Schwester. Er nahm den Stoff aus dem vierten 'Mémoire' des französischen Historikers Beaumarchais...

